

Mündliche Frage von Herrn Palm an Herrn Minister Paasch zum befürchteten Ärztemangel, besonders in der Eifel

behandelt in der Plenarsitzung vom 4. Juni 2007

DER PRÄSIDENT.- Wir kommen zur Frage von Herrn Palm an Herrn Minister Paasch zum befürchteten Ärztemangel, besonders in der Eifel. Herr Palm hat das Wort.

Bulletin der Interpellationen und Fragen Nr. 12 vom 20. Juni 2007 - Mündliche Fragen - 26 -

HERR PALM (*vom Rednerpult*).- Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch den Präsidenten erfahre ich jetzt, welcher Minister antworten wird, denn meine Frage richtete sich nach meinem Verständnis sowohl an den Unterrichtsminister als auch an den Sozialminister. Die Vereinigung Eifeler Allgemeinmediziner in der Person ihres Vorsitzenden Dr. Bouillon macht die Öffentlichkeit auf ein schwerwiegendes Problem aufmerksam, das kurz- oder mittelfristig besonders die Eifel bedroht.

Der föderale Gesundheitsminister hat beschlossen, die Zahl der ärztlichen Neuzulassungen bis 2011 auf 700 zu begrenzen und diese Zahl zwischen der Flämischen Gemeinschaft mit 420 und der Französischen Gemeinschaft mit 280 aufzuteilen. Dabei ist - in dieser Aufteilung jedenfalls -, wie es in der Mitteilung dieser Vereinigung heißt, die gesamte Deutschsprachige Gemeinschaft eine „rote Zone“, in der es dringend erforderlich ist, dass sich dort neue Hausärzte niederlassen. Und zwar solche, die der deutschen Sprache mächtig sein müssen, was gerade für Allgemeinmediziner sehr wichtig ist.

Wichtig ist ebenfalls hervorzuheben, dass dies eine föderale Materie ist. Deshalb ist der Brief dieser Vereinigung auch an Gesundheitsminister Demotte gerichtet – mit Kopie an Sozialminister Gentges und Unterrichtsminister Paasch. In der Presse war zu lesen, dass Minister Paasch dieses Thema mit Frau Ministerin Simonet besprochen hat.

Meine Frage lautet: Hat die Regierung bzw. haben einzelne Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft überhaupt eine Möglichkeit oder eine entscheidende Befugnis, zur Lösung dieses Problems beizutragen? Wenn ja, welche? Vielen Dank!

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Ärztemangel in unserem Gebiet ist schon jetzt eine Tatsache und somit auch ein besonders ernst zu nehmendes Problem. Das Problem betrifft übrigens nicht nur die Allgemeinmediziner, sondern zunehmend auch unsere Fachärzte. Neben der Vereinigung Eifeler Allgemeinmediziner haben vor diesem Hintergrund auch unsere beiden Krankenhäuser bereits ein Memorandum an den föderalen Gesundheitsminister gerichtet. Ich teile in diesem Zusammenhang die Einschätzung des Kollegen Palm, dass die von der föderalen Regierung beschlossene Höchstgrenze für Neuzulassungen von Ärzten und das damit einhergehende Numerus-Clausus-System an den Universitäten unseres Landes dieses Problem verschärfen und für unser Gebiet durchaus negative Folgen haben können.

Der Föderalstaat hat im Königlichen Erlass vom 30. Mai 2002 die Höhe der jährlichen Zulassungen bis zum Jahre 2011 in der Tat auf insgesamt 700 begrenzt; 2012 werden es 833 sein. Dabei werden 500 von Universitäten in der Flämischen Gemeinschaft ausgestellte Diplome und 333 von Universitäten in der Französischen Gemeinschaft ausgestellte Diplome berücksichtigt und nach dem Proporz 60 zu 40 zugelassen werden können. Für uns als deutschsprachige Belgier ist diese Regelung besonders ungünstig und überdies besonders ungerecht, weil unsere Studenten gerade im ersten Jahr zusätzlich zum eigentlichen Unterrichtsstoff auch noch einige sprachliche Nachteile überwinden müssen. Für uns als Deutschsprachige Gemeinschaft gibt es in diesem Zusammenhang also Ansprechpartner auf zwei Ebenen. Auf Ebene des Föderalstaates werden der Kollege Gentges und ich selbst nach

den Wahlen selbstverständlich ein Gespräch mit dem neuen föderalen Gesundheitsminister suchen, um eine Sonderregelung für die Deutschsprachige Gemeinschaft zu besprechen.

Die zweite Ebene ist diejenige der Flämischen und insbesondere die der Französischen Gemeinschaft. Deshalb habe ich in der Tat, Kollege Palm, letzte Woche die Hochschulministerin der Französischen

Bulletin der Interpellationen und Fragen Nr. 12 vom 20. Juni 2007 - Mündliche Fragen - 27 -

Gemeinschaft nicht nur auf dieses Problem aufmerksam gemacht, sondern auch eine Sonderregelung für die Deutschsprachige Gemeinschaft eingefordert und vorgeschlagen. Daraufhin wird nun eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, um alle technischen Möglichkeiten einer Sonderregelung für unsere Gemeinschaft zu sondieren. Interessant, so würde ich hinzufügen, ist zusätzlich noch eine dritte Ebene von Ansprechpartnern, nämlich die Universitäten und medizinischen Fakultäten selbst.

Vor diesem Hintergrund habe ich den Rektor der Katholischen Universität Neu-Löwen (UCL) bereits am 22. Mai 2007 für dieses Problem sensibilisiert, und dasselbe werde ich am 22. Juni dieses Jahres mit dem Rektor der Freien Universität Lüttich tun. Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt in diesem Bereich über keinerlei Zuständigkeiten, aber wir können und werden uns bei allen zuständigen Instanzen für eine Sonderlösung einsetzen und alle hierfür notwendigen Gespräche führen, auch wenn das alles andere als einfach sein wird.
(Applaus bei der PFF, SP und PJU/PDB)

DER PRÄSIDENT.- Möchte der Fragesteller Stellung zur Antwort des Ministers nehmen? Herr Palm hat das Wort.

HERR PALM *(vom Rednerpult)*.- Genau wie meine Vorredner möchte ich mich zunächst bedanken und zweitens anmerken: Es ist schade, dass acht Tage vor den Föderalwahlen dieses föderale Thema nicht mehr in der Öffentlichkeit debattiert wird.

Die Behandlung der Frage ist abgeschlossen.